

Im Rahmen der politisch-operativen Tätigkeit des MfS einschließlich der Untersuchungsarbeit müssen in den 80er Jahren die neuen Dimensionen der ideologischen Kriegsvorbereitung des Gegners Beachtung finden. "Antikommunismus, Antisowjetismus und Nationalismus, die heute in einem bisher nie dagewesenen Umfang auf ideologischem Gebiet den kalten Krieg beleben"<sup>1</sup>, verstärken den aggressiven Gehalt der gegen die Sowjetunion und gegen den realen Sozialismus gerichteten politisch-ideologischen Angriffe des Gegners, die auf die Untergrabung der Einheit der sozialistischen Gemeinschaft und des Vertrauensverhältnisses der Bürger zu ihrem Staat und zur Partei gerichtet sind.

Bestandteil dieser Angriffe sind zunehmende Einmischungshandlungen gegen die Tätigkeit und konkrete Entscheidungen der Sicherheits-, Schutz- und Justizorgane der DDR mit dem Ziel der Erzwingung von Maßnahmen zum Nachteil der legitimen Interessen der DDR.<sup>2</sup> Vom Gegner werden zielgerichtet jegliche - auch nur dem Anschein nach sich bietende - Angriffsflächen ausgenutzt, um das MfS, sein Ansehen bei der Arbeiterklasse und im internationalen Maßstab zu verleunden und zu diskreditieren. Jeder einzelne Fall, der dem Feind auch nur die kleinste scheinbare Ansatzfläche bietet, wird durch Entstellungen und Verfälschungen und verbunden mit Erfindungen und Lügen genutzt, um dem MfS und speziell seinen Untersuchungsorganen, Verletzungen von Recht, Gesetzlichkeit, Objektivität und Wahrheit anzulasten. Das erfolgt teilweise in spektakulärer Art und Weise durch zum Teil auch im In- und Ausland öffentlichkeitswirksame demagogische Behauptungen, Halbwahrheiten, Fälschungen, Unterstellungen u. a. m. Damit soll das dem Marxismus-Leninismus wesenseigene Prinzip der Parteilichkeit als Willkür, Subjektivismus, Rechtlosigkeit, Verletzung der Gleichheit vor

<sup>1</sup> E. Honecker, Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag der SED, a. a. O., S. 17

<sup>2</sup> Vgl. Möller/Jaskulski/Osterloh, Politische und völkerrechtliche Aspekte der Arbeit des MfS zur offensiven Zurückweisung der von Staatsorganen bzw. Feindzentren der BRD ausgehenden Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR, Potsdam, Juristische Hochschule, Dissertation, VVS JHS 001 - 234/80